

Amerikanische Senatoren wollen sich der EU-Kommission widersetzen, die US Firmen bürokratische Handelshemmnisse für LNG-Exporte vorschreibt

geschrieben von Andreas Demmig | 8. Januar 2026



Audrey Streb, DCNF-Energiereporterin, 21. Dezember 2025

In dem der Daily Caller News Foundation (DCNF) vorliegenden Schreiben der republikanischen Senatoren Ted Cruz aus Texas und John Kennedy aus Louisiana, werden die zuständigen Kabinettsmitglieder dringend aufgefordert, die Europäische Union (EU) daran zu hindern, „neue und willkürliche“ Methan-Vorgaben für amerikanische Energieunternehmen, die in die EU exportieren, einzuführen. Angesichts der laufenden Handelsanpassungen warnen Cruz und Kennedy, dass die EU-Methanverordnung (EUMR) ein verheerendes nichttarifäres Handelshemmnis darstellt, das die US-amerikanischen LNG-Exporte (Flüssigerdgas) nach Europa faktisch zum Erliegen bringen könnte.

Die Senatoren richteten den Brief an Energieminister Chris Wright, Innenminister Doug Burgum, Handelsminister Howard Lutnick und den US-Handelsbeauftragten Jamieson Greer.

„Während Sie sich mit Ihren europäischen Amtskollegen treffen, um den Aktionsplan zur Umsetzung des Handelsabkommens abzuschließen, fordern wir diese Regierung auf, alle verfügbaren rechtlichen, diplomatischen und wirtschaftlichen Instrumente zu nutzen, um die vollständige Aufhebung der EU-Öl- und Gasverordnung sicherzustellen“, schrieben die Abgeordneten in dem Brief. *„Die Regulierung von Aspekten der eigenen Öl- und Gasproduktion der EU fällt in den Zuständigkeitsbereich, der ihr von den Mitgliedstaaten übertragen wurde – jeder Versuch, solche Regulierungen auf US-Produzenten auszudehnen, stellt einen klaren und provokativen Versuch dar, das souveräne Recht Amerikas zu untergraben, seine eigene Energieversorgung durch vom US-Kongress verabschiedete Gesetze zu regulieren.“*

Cruz Eu Methanregulierungsbrief hochgeladen von audreystreb

Die EU-Methanverordnung trat im August 2024 in Kraft und wird über

mehrere Jahre schrittweise eingeführt. Die Anforderungen an die Methanüberwachung und -berichterstattung werden für in der EU tätige Energieunternehmen im Laufe der Zeit verschärft. Die Verordnung gilt auch für Importe, was bedeutet, dass Importeure letztendlich nachweisen müssen, dass die in die EU eingeführten Energieressourcen den von der Europäischen Kommission festgelegten Regeln und Vorschriften entsprechen.

Als Folge der EUMR müssen US-Unternehmen, die LNG nach Europa exportieren, möglicherweise zusätzliche Methanmanagementpraktiken anwenden, um auf den EU-Markt beliefern zu dürfen. Cruz und Kennedy argumentieren, dass diese Entwicklung nachteilige Folgen haben und nur dazu dient, den „europäischen Green New Deal“ voran zu bringen.

„Nach vollständiger Umsetzung wird die EU-Methanverordnung einen neuen, noch nicht näher definierten Methanintensitätsstandard auch für US-amerikanische Öl- und Erdgasimporte festlegen. Sollte diese Bestimmung in Kraft treten, würden Regulierungsbehörden in Paris, Berlin und Brüssel den Betreibern in Midland und Pittsburgh vorschreiben, wie, wann und wo sie Energie produzieren dürfen“, heißt es in dem Schreiben. *„Schon die derzeitigen Berichtspflichten – die angeblich am einfachsten zu erfüllen sind – untergraben nicht nur die Souveränität der USA, sondern sind auch unsinnig und belasten amerikanische Unternehmen unnötig.“*

Obwohl die Trump-Regierung im Juli ein bedeutendes Handelsabkommen mit der EU abschloss, das der amerikanischen Energiewirtschaft zugutekommen sollte, legt die EU US-Energieunternehmen weiterhin strenge Klimavorschriften auf, die die Kosten auch für die Amerikaner in die Höhe treiben, erklärten einige Energiepolitikexperten und Insider zuvor gegenüber dem DCNF.

Cruz und Kennedy argumentierten in dem Brief weiter, dass die EUMR das Handelsabkommen vom Juli verrate, da die EU zugestimmt habe, „belastende“ nichttarifäre Handelshemmnisse für amerikanische Exporteure abzubauen.

„Die Andeutung, europäische Länder könnten amerikanische Produzenten direkt regulieren, ist eine grobe Kompetenzüberschreitung und ein Bruch der bilateralen Beziehungen – insbesondere nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine, wo amerikanische LNG-Exporteure durch massive Liefersteigerungen in die Region dazu beitrugen, die schlimmsten Befürchtungen abzuwenden“, schrieben Cruz und Kennedy. *„Die verzögerte Einführung ist eine gängige Taktik europäischer Bürokraten, die hoffen, Unternehmenspraktiken per Dekret zu ändern.“*

Die Abgeordneten argumentieren in dem Schreiben außerdem, dass europäische Regulierungsbehörden die Besonderheiten der riesigen amerikanischen Erdgasvorkommen, die je nach Herkunft „unterschiedliche Emissionsprofile“ erzeugen, nicht berücksichtigen und dass die von der

EU geforderten *Emissionsdaten* nicht realisierbar seien. Daher warnten Cruz und Kennedy: „Die Nichteinhaltung könnte erhebliche finanzielle Folgen für amerikanische Unternehmen nach sich ziehen.“

Die strategische Energieanalystin Tammy Nemeth erklärte gegenüber dem DCNF, dass EU-Klimavorschriften wie die EUMR die Kosten für US-Unternehmen – und damit auch für die Amerikaner – erhöhen, da Unternehmen, die auf dem europäischen Markt wettbewerbsfähig sein wollen, einen bürokratischen Dschungel bewältigen und einen Plan für den Übergang zur Klimaneutralität umsetzen müssen. Obwohl eine genaue Schätzung schwierig sei, verursache die Einhaltung der EU-Klimavorschriften und -richtlinien laut Nemeth erhebliche Mehrkosten für amerikanische Energieunternehmen, die voraussichtlich an die Verbraucher in den USA und im Ausland weitergegeben würden.

Nemeth sagte außerdem, dass US-amerikanische Öl- und Gasunternehmen, die sich gegen die Klimavorschriften der EU stellen, hohe Geldstrafen riskieren oder sogar faktisch vom Handel mit der Region ausgeschlossen werden könnten.

Laut mehreren Berichten lehnen einige US-Beamte die EU-Öl- und Gasverordnung (EUMR) entschieden ab und arbeiten hinter den Kulissen daran, die EU davon zu überzeugen, amerikanische Öl- und Gasunternehmen von Regulatorien zu befreien. Wie Reuters berichtet, bot die EU in der vergangenen Woche als Reaktion auf amerikanischen Druck vereinfachte EUMR-Konformitätsregeln für Importeure an.

Alle Inhalte der Daily Caller News Foundation, einem unabhängigen und überparteilichen Nachrichtendienst, stehen seriösen Nachrichtenverlagen mit großer Reichweite kostenlos zur Verfügung. Alle wiederveröffentlichten Artikel müssen unser Logo, den Namen des/der jeweiligen Reporters/Reporterin und dessen/deren Zugehörigkeit zur DCNF enthalten. Bei Fragen zu unseren Richtlinien oder einer möglichen Partnerschaft kontaktieren Sie uns bitte unter licensing@dailycallernewsfoundation.org.

<https://dailycaller.com/2025/12/21/ted-cruz-john-kennedy-urge-donald-trump-administration-resist-european-union-methane-regulation-power-grab-threatening-american-liquefied-natural-gas-exports/>

*Durch obigen Beitrag bin ich auf europäische Behaupt... – äh, Pardon, Stellungnahmen zu Methanemissionen gekommen:
Nachfolgend eine **gekürzte Auswahl der Texte, Fettdruck durch Übersetzer***

Methanemissionen

Die EU ist weltweit führend bei der Methanreduzierung: Sie ist Mitinitiatorin des Globalen Methanversprechens, setzt die EU-Methanverordnung auf nationaler Ebene um und bietet Finanzierungsprogramme für internationale Organisationen und Regierungen an, um Maßnahmen weltweit zu unterstützen.

Nach Kohlendioxid ist Methan der zweitgrößte Verursacher des

Klimawandels. Tatsächlich ist Methan sogar noch wärmespeichernder als Kohlendioxid. Auf einen Zeitraum von 100 Jahren betrachtet, ist das Treibhauspotenzial von Methan 29,88-mal so hoch wie das von Kohlendioxid und auf einen Zeitraum von 20 Jahren sogar 82,5-mal so hoch. Dies liegt daran, dass Methan nur etwa 10 bis 12 Jahre in unserer Atmosphäre verbleibt, während Kohlendioxid dort Jahrtausende lang zirkuliert.

https://energy.ec.europa.eu/topics/carbon-management-and-fossil-fuels/methane-emissions_en?prefLang=de



**VERORDNUNG (EU) 2024/1787 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES
vom 13. Juni 2024**

**über die Verringerung der Methanemissionen im Energiesektor und zur
Änderung der Verordnung (EU) 2019/942
(Text mit Relevanz für den EWR)**

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION,

Wohingegen:

- (1) Methan trägt nach Kohlendioxid (CO₂) am zweitmeisten ^{zum} Klimawandel bei und ist für etwa ein Drittel der aktuellen Erwärmung verantwortlich. Die Methankonzentration in der globalen Atmosphäre ist im letzten Jahrzehnt stark angestiegen.
Der Weltklimarat (IPCC), eine Einrichtung der Vereinten Nationen (UN), veröffentlichte in seinem Sechsten Sachstandsbericht die
- (2) Erkenntnis, dass bis 2030 drastische Reduzierungen der anthropogenen Methanemissionen erforderlich sind, um die globale Erwärmung auf 1,5° C zu begrenzen....
- (3) ...

- Nach jüngsten Schätzungen des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) und der Climate and Clean Air Coalition (CCAC) könnten
- (4) Methanemissionen um 45 % bis 2030, basierend auf verfügbaren gezielten Maßnahmen und zusätzlichen Maßnahmen im Einklang mit den UN-Nachhaltigkeitszielen, eine globale Erwärmung von 0,3 °C bis 2045 verhindern.
- (5) ...
- Der Europäische Grüne Deal vereint ein umfassendes Paket sich gegenseitig verstärkender Maßnahmen und Initiativen mit dem Ziel, spätestens bis 2050 Klimaneutralität in der Union zu erreichen.
- ... Im Oktober 2020 verabschiedete die Kommission eine EU-Strategie zur Verringerung der Methanemissionen (die „Methanstrategie“), die Maßnahmen zur Senkung der Methanemissionen in der Union,
- (6) einschließlich des Energiesektors, **und auf globaler Ebene festlegt.**
- ... 77 % aller für 2030 prognostizierten Methanemissionen aus Öl, Gas und Kohle aus sozialer und ökologischer Sicht kosteneffektiv reduziert werden können. Dies würde dazu beitragen, die globale Erwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen und der Union ermöglichen, im Kampf gegen Methanemissionen eine Vorreiterrolle einzunehmen und ihre Energiesicherheit zu stärken.
- Methanemissionen fallen unter die EU-Treibhausgasreduktionsziele für 2030 gemäß der Verordnung (EU) 2021/1119 sowie unter die verbindlichen nationalen Emissionsreduktionsziele gemäß der Verordnung (EU) 2018/842 des Europäischen Parlaments und des Rates (⁵) . Derzeit existiert jedoch kein EU-Rechtsrahmen, der spezifische
- (7) Maßnahmen zur Reduzierung anthropogener Methanemissionen im Energiesektor vorsieht. Die Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (⁶) erfasst zwar **Methanemissionen aus der Mineralöl- und Erdgasraffination**, jedoch nicht Methanemissionen aus anderen Tätigkeiten im Energiesektor.
- In diesem Zusammenhang sollte diese Verordnung für die Reduzierung von Methanemissionen bei der Exploration und Förderung von Erdöl und Erdgas, in stillgelegten, vorübergehend verschlossenen und dauerhaft verschlossenen sowie aufgegebenen Bohrlöchern, bei der
- (8) Erdgasgewinnung und -verarbeitung, beim Gastransport, der Gasverteilung und der unterirdischen Speicherung sowie in Anlagen zur Speicherung von Flüssigerdgas (LNG) gelten. Diese Verordnung sollte auch für aktive Untertage- und Tagebaukohlebergwerke sowie für stillgelegte oder aufgegebenen Untertagekohlebergwerke gelten.
- Regeln für die genaue Messung, Überwachung, Berichterstattung und Verifizierung von Methanemissionen im Öl-, Gas- und Kohlektor.... Die in dieser Verordnung festgelegten Regeln sollen die Transparenz bei
- (9) der Einfuhr fossiler Energieträger in die Union erhöhen und zu einer breiteren Anwendung von Lösungen zur Minderung von Methanemissionen weltweit beitragen. Für das Treibhauspotenzial sollte ein Zeithorizont von 20 Jahren und 100 Jahren zugrunde gelegt werden.
- Die Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung wird voraussichtlich Investitionen seitens der regulierten Unternehmen erfordern. Die mit diesen Investitionen verbundenen Kosten sollten
- (10) unter Berücksichtigung von Effizienzgrundsätzen bei der Tarifgestaltung berücksichtigt werden. Die notwendigen Kosten dürfen nicht zu einer unverhältnismäßigen finanziellen Belastung für Endnutzer und Verbraucher führen.

- Jeder Mitgliedstaat sollte mindestens eine zuständige Behörde benennen, die die wirksame Einhaltung der in dieser Verordnung festgelegten Verpflichtungen durch Betreiber, Unternehmen, Bergwerksbetreiber und Importeure überwacht, und die Kommission über diese Benennung sowie etwaige Änderungen unterrichten. Diese zuständigen Behörden sollten mit ausreichenden finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet werden und alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die Einhaltung dieser Verordnung gemäß den ihnen übertragenen Aufgaben sicherzustellen.
- (11) ...sollten die Kommission und die zuständigen Behörden gemeinsam ein Netzwerk von Behörden bilden, die diese Verordnung anwenden, um eine enge Zusammenarbeit zu fördern, die notwendigen Vorkehrungen für den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren zu treffen und Konsultationen zu ermöglichen.

https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:L_202401787&pk_campaign=todays_OJ&pk_source=EURLEX&pk_medium=X&pk_keyword=energy_sector&pk_content=Regulation&pk_cid=EURLEX_todaysOJ